

JAHRES BERICHT 2023

Inhalt

Rückblick - Ausblick

Arbeitsschwerpunkte

Im Fokus: BündnispartnerInnen

Neues aus Politik und Gesellschaft

Öffentlichkeitsarbeit

INHALT

Rückblick - Ausblick	Seite 3
Das Nordische Modell	Seite 4
UnterstützerInnen	Seite 5
Arbeitsschwerpunkte	Seite 7
Im Fokus: BündnispartnerInnen	Seite 21
Neues aus Politik und Gesellschaft	Seite 23
Öffentlichkeitsarbeit	Seite 32
Impressum	Seite 34

RÜCKBLICK

Im 2023 hat sich viel ereignet. Als Bündnis haben wir mehrere offizielle Berichte eingereicht, um auf die Gewalt an Frauen in der Prostitution aufmerksam zu machen. Sehr gefreut haben wir uns über die Einladungen, mit den diverseren Komitees in einen Dialog treten zu können.

Im Juni waren wir als Bündnis erstmals bei einem Kirchentag mit einem Stand vertreten. Zusammen mit *Gemeinsam gegen Menschenhandel* und *SOLWODI* haben wir erfolgreich eine Resolution verabschieden können. Gleichzeitig erschien das wegweisende Buch „Sexkauf - eine rechtliche und rechtsethische Untersuchung der Prostitution“ von Prof. Dr. Elke Mack, Prof. Dr. Ulrich Rommelfanger und Dr. Jakob Drobnik.

Im September verabschiedete das Europäische Parlament die *Resolution zu Prostitution und ihre Auswirkungen auf die Gleichstellung und die Frauenrechte*. Es empfiehlt nach der Resolution von 2014 erneut allen europäischen Mitgliedsstaaten die Einführung des Nordischen Modells. Kurz darauf folgte die Positionierung der CDU/CSU Bundestagsfraktion für das Nordische Modell. Sogar Bundeskanzler Olaf Scholz kam nicht umhin, sich zu dem Thema zu äußern: Für ihn sei es nicht akzeptabel, wenn Männer Frauen kaufen.

Vertreterinnen unseres Bündnisses waren bei verschiedenen Veranstaltungen zu Gast.

Der Themenkomplex Prostitution und das Nordische Modell gewinnen immer mehr an Bedeutung und werden breit diskutiert.

AUSBLICK

Wir blicken gespannt auf den Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels, den die Bundesregierung verabschieden möchte. Zudem erwartet uns die Fußball-Europameisterschaft der Herren, zu der wir die **Kampagne #Rote Karte für Freier - für eine EM ohne Sexkauf** initiieren. Außerdem haben wir uns als Bündnis entschieden, uns zu einem Verein zu formieren. 2024 werden wir uns also als **Bundesverband Nordisches Modell - zur Umsetzung des Gleichstellungsmodells in Deutschland e.V.** etablieren.



**BUNDESVERBAND
NORDISCHES
MODELL**

Die vier Elemente des Nordischen Modells

Wir setzen uns für die rechtliche Anerkennung ein, dass die Bezahlung des sexuellen Zugangs zum Körper eines anderen Menschen eine Form sexualisierter Gewalt darstellt.

Entkriminalisierung
prostituierter Menschen



Stärkung der Rechte durch
Abschaffung von Sanktionen,
Verhinderung von Re-Viktimisierung

Ausstiegshilfen, Schutz und
Unterstützung, Rehabilitation



Bundesweite flächendeckende Etablierung
von Fachberatungsstellen
Gesundheitsfürsorge
Ausstiegsprogramme

Kriminalisierung aller
Profiteure: Freier,
ZuhälterInnen/Loverboys,
Bordellbetreibende und
MenschenhändlerInnen



Sexkaufverbot
Verbot der grundsätzlichen Strafbarkeit
von Zuhälterei und dem Profitieren aus
der Prostitution einer anderen Person

Öffentlichkeitsarbeit, anti-
sexistische Erziehung und
Prävention mit dem Ziel eines
gesellschaftlichen Umdenkens



Durchführung öffentlicher
Informations- und
Aufklärungskampagnen
zum System Prostitution

Geschlechterverhältnis in der Prostitution



Prostitution hat seine Wurzeln in patriarchalen Strukturen, die ein männliches Anspruchsdenken über den weiblichen Körper bedingen. Prostitution ist ein geschlechtsspezifisches System und verankert ein unveräußerliches männliches Zugangsrecht zu Frauenkörpern. Es ist frauen- und menschenverachtend.

Indem das System Prostitution den weiblichen Körper Marktbedingungen unterwirft, verstärkt es die Objektivierung aller Frauen und ihrer Körper und entmenschlicht sie. Es ist eine direkte Verletzung der körperlichen und seelischen Integrität der prostituierten Frauen.

Prostitution ist ein schwerwiegendes Hindernis für die Gleichstellung der Geschlechter und auf dem Weg zu einer respektvollen, freien, solidarischen und egalitären Gesellschaft.

NORDISCHES MODELL ODER AUCH GLEICHSTELLUNGSMODELL

Schweden führte 1999 neue Gesetze für Frauen zum Schutz vor Gewalt ein. Es vollzog den Perspektivwechsel: Prostitution geschieht meist aus einer Notlage oder Zwang heraus. Die, die diese Notlagen ausnutzen, gilt es zu bestrafen. Andere nordische Länder wie Norwegen und Island zogen nach, daher die Bezeichnung "nordisches" Modell.

Freier sind zu 99% männlich, Prostituierte zu mind. 90% weiblich. Wenn Männer das Recht haben, sich den Zugang zu einem meist weiblichen Körper zu erkaufen, wirkt sich das negativ auf die Gleichstellung der Geschlechter aus. Das System Prostitution steht der Gleichstellung der Geschlechter diametral entgegen.

Wir sind dankbar, dass namhafte Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft unsere Forderung und damit unsere Arbeit maßgeblich unterstützen. Das Bündnis hat viele UnterstützerInnen - seit diesem Jahr u.a. dabei: Nina Hagen, Eva Quistorp und Christine Schneider MdEP und Prof. Trabert.



Fotocredit: Gabo

"Ich mache mich herzens-stark für die Einhaltung unserer Menschenrechte. Deutschland darf nicht länger 'das Bordell Europas' sein, nur weil hier Zuhälter sehr viel Macht und Geld und Mittel besitzen, um Zwangsprostitution möglich zu machen. Zwangsprostitutionsverherrlichung? NICHT MIT UNS! Deswegen setze ich mich für das Nordische Modell ein und bin solidarisches Mitglied von Netzwerk Ella und anderen Organisationen, die sich dafür engagieren, dass Prostitution für sogenannte Freier wieder unter Strafe gestellt wird."

Gerhard Trabert: Im Jahr 2019 beteiligte Trabert sich als Mitveranstalter am 3. *Weltkongress gegen sexuelle Ausbeutung*, der in Kooperation mit CAP und SOLWODI in Mainz stattfand. 2022 kandidierte er als Kandidat der Linken für die Wahl zum Bundespräsidenten. Wir freuen uns sehr, in Prof. Dr. Trabert einen kraftvollen und überzeugenden Unterstützer gefunden zu haben.



Christine Schneider MdEP: "Zusammen mit vielen EVP-Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament setzen wir uns für die Umsetzung des nordischen Modells ein. Außerdem müssen wir die Aufklärung und Prävention stärken, die Nachfrage senken und reale Ausstiegshilfen und konkrete Alternativen für Prostituierte bieten."

Eva Quistorp MdEP a.D., Mitgründerin der Partei DIE GRÜNEN: "Ich bin mit der Politik der Grünen gegenüber der Prostitution als angebliche `Sexarbeit` nicht einverstanden!

Der Begriff `Sexarbeit` verschleiert die verschiedenen Zwängen, die potentielle Entwürdigung der Frau und die Machtverhältnisse. Die Prostitution ist ein Ausdruck der Macht des Patriarchates mit Nähe zur Gewalt, Demütigung und Ausbeutung der Frauen und Mädchen. Daher war ich gegen die Gesetzgebung der rot/grünen Koalition."



Dr. Sr. Lea Ackermann (†)

Peter Aumer MdB

Barbara Becker MdL

Leni Breymaier MdB

Michael Donth MdB

Heike Engelhardt MdB

Dr. Melissa Farley

Dr. Maria Flachsbarth

Hermann Gröhe MdB

Nina Hagen

Dr. Christian Hartl

Jasmina Hostert MdB

Michaela Huber

Anja Karliczek MdB

Margot Käßmann

Dr. Katja Leikert MdB

Yvonne Magwas MdB

Prof. Ursula Männle

Carsten Müller MdB

Beate Müller-Gemmeke MdB

Maria Noichl MdEP

Jens Peick MdB

Eva Quistorp

Christine Schneider MdEP

Nadja Sthamer MdB

Per-Anders Sunesson

Prof. Gerhard Trabert

Dr. Volker Ullrich MdB

Maria von Welser

Sabine Weiss MdB

Annette Widmann-Mauz MdB

Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB



ZUM TODE SR. LEA ACKERMANN'S

Ein trauriges Ereignis hat es in diesem Jahr 2023 gegeben, denn eine ganz Große musste diese Welt leider verlassen.

Sr. Lea Ackermann, Gründerin von SOLWODI Deutschland, ist am 31.10.2023 verstorben.

Sr. Lea war eine couragierte Kämpferin für die Rechte benachteiligter Frauen, zunächst in Afrika, später auch in anderen Teilen der Welt. Sie hat nicht nur die Not und das Elend, das Prostituierte erleben, wahrgenommen und

ihnen Zeit ihres Lebens praktisch geholfen, sondern sich auch gegen die Ausbeutung im System Prostitution stark gemacht. Zu unserer großen Freude war sie Teil der ersten Bündnistagung in Bonn 2020, Gründungsmitglied und Unterstützerin unseres Bündnisses.

Wir sind Sr. Lea unendlich dankbar und werden ihr Engagement in Ehren halten.

Februar 2023

Wer sind die Männer, die für Sex bezahlen und wie ticken sie? Was erleben sie als „Kunden“ im Prostitutionsmilieu? Und würden sie sich durch Strafen von ihrem Tun abhalten lassen? Die Motive der Freier beleuchtet eine nicht repräsentative Studie, deren Ergebnisse im vergangenen Jahr von Melissa Farley und Team bei einer Fachkonferenz in Berlin vorgestellt wurde. Die Sozialarbeiterin Kerstin Neuhaus hat in dem internationalen Forschungsteam um die amerikanische Psychologin Dr. Melissa Farley knapp 100 Freier in Deutschland befragt. Sie stellte die Ergebnisse unseren BündnispartnerInnen vor.



Kerstin Neuhaus

März 2023

Menschenhandel findet tagtäglich in Europa statt und Deutschland ist dabei ein Hauptzielland für Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung. Dies hat viel mit dem liberalen und verharmlosenden Umgang mit der Prostitution zu tun. Derzeit befindet sich Deutschland in der dritten Prüfungsrunde des GRETA ExpertInnen Gremiums zum Stand seiner Umsetzung der Übereinkunft des Europarates zur Bekämpfung des Menschenhandels. Den Zusammenhang zwischen dem Ausmaß des Menschenhandels in Deutschland und der Prostitutionsgesetzgebung stellen wir ausführlich in unserem eingereichten Alternativbericht zur dritten Prüfungsrunde des GRETA ExpertInnen Gremiums dar. Den Alternativbericht versenden wir auf Anfrage.

April 2023

Das Bündnis Nordisches Modell hat seinen Schattenbericht zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau - CEDAW - eingereicht. Für eine nachhaltige Bekämpfung des Menschenhandels sowie ein umfassendes Hilfe- und Unterstützungssystem für Betroffene braucht es einen ganzheitlichen Ansatz. Unser Bericht beschreibt die Auswirkungen der deutschen Gesetzgebung im Kontext von Prostitution. Wir berichten über die Gewalt, die Menschen in der Prostitution erfahren, die Auswirkungen auf den Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung und die gesundheitlichen Folgen für die Frauen in der Prostitution. Deutschland hat 20 Jahre Erfahrung mit dem Versuch, Prostitution zu regeln - allerdings ist das System Prostitution durch Ausbeutung gekennzeichnet. Den Schattenbericht versenden wir auf Anfrage.

April 2023

Vom 08. bis 26. Mai 2023 tagte das Komitee zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau in Genf. Zuvor haben wir einen Schattenbericht eingereicht. Daher waren wir eingeladen, ein Oral Statement abzugeben.

Das Oral Statement des *Bündnisses Nordisches Modell* wurde durch die Lenkungsreis-Gewählte Ina Hansmann in Genf live vorgetragen: "Die deutschen Prostitutionsgesetze fördern die Nachfrage und den Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Deutschland ist das Bordell Europas. Sexuelle Ausbeutung, physische und psychische Gewalt und sexueller Missbrauch Minderjähriger finden unter dem Deckmantel der deutschen Prostitutionsgesetze statt. Deutsche Staatsanwälte bestätigen: Unter diesen Gesetzen ist es äußerst schwierig, Täter vor Gericht zu bringen. Die Reform des Gesetzes ist massiv gescheitert. Es scheint eine weniger als 0,3-prozentige Chance für ein Opfer von Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung zu geben, entdeckt zu werden. Frauen werden wie eine Ware behandelt, die von Sexkäufern nach Aussehen, Körperbau und Vorlieben ausgewählt, benutzt und dann online bewertet werden kann. Das Geld, das Sexkäufer zahlen, fördert den Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und das organisierte Verbrechen. Mindestens 95 % der prostituierten Frauen sind Migrantinnen, hauptsächlich aus Südosteuropa. Das vordergründige Erscheinungsbild von gesetzlich geregelter Arbeit macht es Ausbeutern leicht, Frauen in die Prostitution zu bringen. Aber aus der Prostitution auszusteigen, ist für Frauen schwer und unter der deutschen Gesetzgebung noch schwerer.

Unser Forderungen:

1. Prostitutionsüberlebenden zuhören und sie als Expertinnen anerkennen
2. Prostitution als eine Form geschlechtsspezifischer Gewalt anerkennen
3. Prostituierte Frauen entkriminalisieren
4. Umfangreiche Unterstützungs- und Ausstiegsprogramme
5. Den Zugang zur Justiz verbessern, Reviktimisierung verhindern
6. Sicherstellen, dass die Opfer ihre Rechte ausüben können
7. Den Sexkauf bestrafen
8. Frauen vor dem System Prostitution durch Präventionsmaßnahmen schützen

[Hier](#) können Sie das Oral Statement nachhören.

The graphic features a dark blue header with the text "SCHATTENBERICHT - #CEDAW85". Below this is a photograph of Ina Hansmann standing in front of the United Nations building in Geneva. To the right of the photo is a white box containing the logo of the "Bündnis Nordisches Modell" (a red triangle) and the following text: "85. Tagung des Komitees vom 8. bis 26. Mai 2023 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau", "Schattenbericht zu Prostitution, sexueller Ausbeutung & Menschenhandel in Deutschland", "April 2023", and "Ina Hansmann aus unserem Lenkungsreis ist für uns in Genf vertreten. Vielen Dank!". At the bottom of the graphic is another instance of the "Bündnis Nordisches Modell" logo.

Mai 2023

Als Bündnis Nordisches Modell haben wir neben *Gemeinsam gegen Menschenhandel* und weiteren AkteurInnen in diesem Jahr einen Alternativbericht an die ExpertInnengruppe zur Bekämpfung des Menschenhandels des Europarates eingereicht. GRETA überprüfte im Mai in einer dritten Evaluierungsrunde die Umsetzung der Europaratskonvention gegen Menschenhandel in Deutschland. Neben der schriftlichen Befragung von Ministerien und Behörden bestand die Überprüfung aus persönlichen Treffen und Gesprächen von GRETA-VertreterInnen mit unterschiedlichen VertreterInnen der Zivilgesellschaft im Rahmen eines Länderbesuchs. Dieser fand für uns am 08.05.2023 in Berlin in den Geschäftsräumen von *Gemeinsam gegen Menschenhandel* statt.



An dem konstruktiven Gespräch in Berlin nahmen teil (von links nach rechts): Frank Heinrich, Gerhard Schönborn und Caroline Sander von GGMH, Petya Nestorova Executive Secretary of the convention, Ia Dadunashvili GRETA rapporteur for the third evaluation of Germany, Dolmetscherin, Angelika Franke (GGMH), Marietta Hageney, Kerstin Neuhaus (BNM) und Helmut Sporer Kriminaloberrat a.D..

Juni 2023

Bei einer Filmpremiere in Berlin trafen Simon Häggström und die Lenkungsreis Gewählte Simone Kleinert aufeinander. Häggström ist Detective in der Stockholmer „Prostitution Unit“ und Buchautor („Shadows Law“). Er ist Mitglied der „Swedish National Task Force Against Prostitution and Human Trafficking“ und als Referent in der ganzen Welt über die praktische Umsetzung des "Nordischen Modells" in der schwedischen Strafverfolgung gefragt.



Gerhard Schönborn (Café Neustart), Simone Kleinert und Simon Häggström

Juni 2023

„Prostituierte Personen entkriminalisieren, Ausstieg unterstützen, Profitierende bestrafen und die Nachfrage nach Prostitution reduzieren“ – diese Forderungen richteten die drei Organisationen Bündnis Nordisches Modell, Gemeinsam gegen Menschenhandel e.V. und SOLWODI Deutschland in Form einer Resolution auf dem 38. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Nürnberg an die deutsche Bundesregierung. Gemeinsam appellierten sie an die Bundesregierung, den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Diakonie Deutschland, sich diesen Forderungen nach einer dringend notwendigen Veränderung in der deutschen Prostitutionspolitik anzuschließen. Auf dem „Markt der Möglichkeiten“, wo sich zahlreiche AusstellerInnen zu verschiedensten Themenbereichen präsentierten, sammelten die drei Organisationen über 1.700 Unterschriften von den Besucherinnen und Besuchern des 38. Evangelischen Kirchentages in Nürnberg. Sie stießen dabei auf ein sehr interessiertes Publikum, das sich erschrocken über die tatsächlichen Missstände in der Prostitution zeigte.



BündnispartnerInnen und VertreterInnen von GGHM und SOLWODI

Die Resolution zum Wertewandel in der Prostitutionspolitik ist eine der beiden erfolgreich eingebrachten Resolutionen auf dem Kirchentag und unterstreicht damit die hohe gesellschaftspolitische Relevanz des Themas.

Impressionen des Kirchentags finden Sie auf unserer Webseite.



Thomas de Maizière, Präsident des 38. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Nürnberg bei einer Stippvisite beim “Markt der Möglichkeiten” mit Simone Kleinert.



September 2023

Viele Aussteigerinnen, ehemalige Prostituierte, die die Zeit in der Prostitution überlebt haben, nennen sich "Überlebende" bzw. "Survivors". Sie setzen sich ein, den Frauen in der Prostitution ein Gesicht und eine Stimme zu geben, die es nicht geschafft haben, die nicht über ihre Erfahrungen berichten können. Anlässlich der Abstimmung im Europäischen Parlament trafen sich zahlreiche Überlebende und Europaabgeordnete mehrerer Fraktionen zu einer Pressekonferenz am Vortag der Abstimmung des *Berichts über die unterschiedlichen Regulierungen der Prostitution und ihre Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter und die Frauenrechte* in Brüssel.



von links: Corina Fux, Amalia Tiganus, Malin Björk, Alice Kuhnke, Helmut Sporer, Maria Noichl, Alexia Fafara, Marie Merklinger



Gruppe von Überlebenden, EU-Abgeordneten und Aktivistinnen

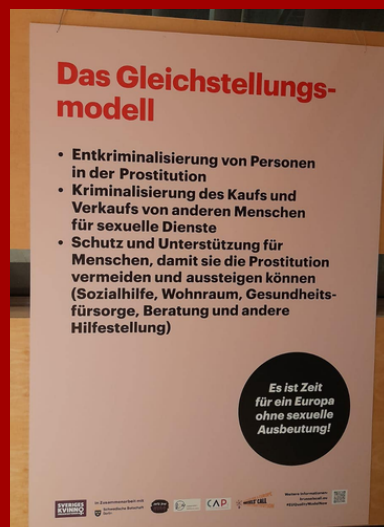
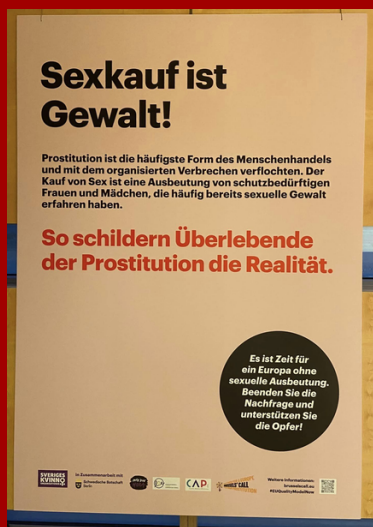
Im Bericht wird deutlich, dass eine liberale Gesetzgebung, wie sie etwa Deutschland verfolgt, negative Auswirkung auf die Situation Prostituerter hat. Deshalb empfiehlt der Bericht einen EU-weiten Ansatz, der sich am sogenannten Nordischen Modell orientiert. Das Nordische Modell sieht Schutz und Hilfe für prostituierte Personen sowie eine Entkriminalisierung dieser vor. Ausstiegsprogramme sollen Alternativen zur Prostitution bieten. Die Nachfrage nach Prostitution wird als ursächlich für das System Prostitution und als Motor des Menschenhandels aufgefasst, weshalb der Sexkauf unter Strafe steht. Auch andere Profiteure der Prostitution, wie etwa Zuhälter oder Bordellbetreibende, werden als Teil eines ausbeuterischen Systems verstanden und kriminalisiert. Der Bericht macht deutlich, dass das Nordische Modell ein effektives Instrument zur Bekämpfung des Menschenhandels ist und einen positiven Einfluss auf die gesellschaftliche Einstellung zur Gleichstellung hat.

Oktober 2023

Am 24.10.2023 wurde die Ausstellung "Sexkauf ist Gewalt" in der Schwedischen Botschaft in Berlin eröffnet. Davor diskutierten die schwedische Sonderbotschafterin zur Bekämpfung des Menschenhandels, Anna Ekstedt, Karolina Larsson von der Überlebendenorganisation #intedinhora, Nathalia Guaje von der Swedish Women's Lobby, Jara Anouk vom Netzwerk Ella und Marie Kaltenbach vom Bündnis Nordisches Modell über das Nordische Modell als Instrument zur Bekämpfung des Menschenhandels. Interessiert nahm das große Publikum auch die neusten Zahlen aus einer repräsentativen Umfrage der Swedish Women's Lobby zur Einstellung der Bevölkerung gegenüber Sexkauf in Schweden und Deutschland auf.



von links: Anna Ekstedt, Karolina Larsson, Nathalia Guaje, Elisabeth Mayr, Marie Kaltenbach, Jara Anouk



PROSTITUTION IN SCHWEDEN UND DEUTSCHLAND

Als erstes Land der Welt hat Schweden 1999 den Kauf und die Vermittlung von sexuellen Handlungen unter Strafe gestellt. Seitdem haben mehr und mehr Länder ähnliche Gesetze eingeführt, zum Beispiel Frankreich, Kanada und Irland. Bisherige Auswertungen des Gesetzes zeigen eine normative Wirkung, die zu

einem Rückgang der Nachfragenach Prostitution geführt hat. In Deutschland ist der Kauf von sexuellen Handlungen und das Betreiben von Bordellen seit 2002 legal. Studien zeigen, dass der Menschenhandel und die sexuelle Ausbeutung in Deutschland zugenommen haben.

BEFRAGUNG VON SCHWEDISCHEN UND DEUTSCHEN MÄNNERN HAT ERGEBEN: MÄNNER IN DEUTSCHLAND KAUFEN MEHR ALS DOPPELT SO OFT SEXUELLE HANDLUNGEN WIE SCHWEDISCHE MÄNNER

26 Prozent aller deutschen Männer haben bereits mindestens einmal in ihrem Leben für sexuelle Handlungen bezahlt. In Schweden sind es im Vergleich nur 7 Prozent der Männer. Dies geht aus einer Umfrage hervor, die von den Datenerhebungsinstituten Novus in Schweden und Norstat in Deutschland durchgeführt wurde. Die Umfrage steht im Einklang mit anderen Studien, die Unterschiede in der Einstellung bezüglich des Kaufs sexueller Handlungen zwischen Ländern mit verschiedenen Regelungen der Prostitution aufzeigen.

Die von der schwedischen Frauenlobby in Auftrag gegebene Umfrage basiert auf den Antworten einer repräsentativen Stichprobe von 1.000 Personen in Schweden und 1.000 Personen in Deutschland. Die Ergebnisse zeigen auch, dass 16 Prozent der deutschen Männer schon mehrmals sexuelle Handlungen gekauft haben, verglichen mit 5 Prozent der schwedischen Männer. Prostitution und sexuelle Ausbeutung sind in Deutschland weit verbreitet, daher überraschen uns diese Zahlen nicht. Hierzulande gibt es große Probleme mit Gewalt gegen Frauen in der Prostitution und mit Menschenhandel. Die Situation ist unhaltbar und es ist klar, dass die deutsche Gesetzgebung nicht funktioniert.

Die Studie wird zur gleichen Zeit vorgestellt, in der auch die EU über Änderungen der Richtlinie gegen Menschenhandel berät, und nur wenige Wochen, nachdem das Europäische Parlament eine Resolution verabschiedet hat, in der die EU-Mitgliedsstaaten aufgefordert werden, den Kauf und die Vermittlung von sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen, so wie es in Schweden der Fall ist.

„Wir fordern die deutsche Regierung dringend auf, den Empfehlungen der EU zu folgen und den Kauf von Sex zu verbieten. Wenn Deutschland wirklich den Menschenhandel bekämpfen und sich für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen will, muss es den weit verbreiteten Handel mit Frauenkörpern stoppen“, sagt Nathalia Guaje, SRHR-Expertin der Schwedischen Frauenlobby.

SEXKAUF IN SCHWEDEN UND DEUTSCHLAND

Hintergrund

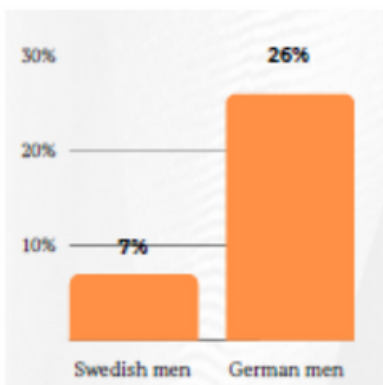
Schweden war das erste Land der Welt, das 1999 das Sexkaufverbot einführte. Das Gesetz stellt diejenigen unter Strafe, die sexuelle Handlungen vornehmen oder die Vermittlung anderer übernehmen, nicht aber den Verkauf sexueller Handlungen. International wird es als "The Equality Model", also Gleichstellungsmodell, bezeichnet und als das erfolgreichste Modell zur Bekämpfung von Prostitution und Menschenhandel hervorgehoben. Mehrere Länder sind diesem Modell gefolgt und haben ähnliche Gesetze eingeführt, darunter Frankreich, Kanada und Israel.

Die Schwedische Frauenlobby hat daher diese Umfrage in Auftrag gegeben, um mit aktuellen Zahlen zu den Auswirkungen des Sexkaufverbots beizutragen. Zudem wurde ein Vergleich mit Deutschland gezogen. Deutschland ging im Jahr 2002 - ungefähr zur gleichen Zeit wie Schweden - in die entgegengesetzte Richtung: Es hat beinahe alle Aspekte der Sexindustrie entkriminalisiert, einschließlich Kauf und Vermittlung von Sex.

Im Vergleich zu Deutschland kaufen in Schweden weniger Männer Sex

Frühere Umfragen zeigen, dass Männer die überwiegende Mehrheit der Käufer sexueller Handlungen sind. Dies ist sowohl in Schweden als auch in Deutschland der Fall. In unserer Umfrage gaben 0 % der schwedischen und 4 % der deutschen Frauen an, schon einmal Sex einmal gekauft zu haben. Auf der anderen Seite antworteten 7 % der schwedischen Männer, dass sie mindestens einmal und 5 % mehrmals Sex gekauft haben. In Deutschland sind die Zahlen höher. 26 % der deutschen Männer haben mindestens einmal Sex und 16 % aller deutschen Männer haben schon mehrmals Sex gekauft.

Abg. 1: Anteil der Männer, die angeben, dass sie mindestens einmal sexuelle Handlungen gekauft haben

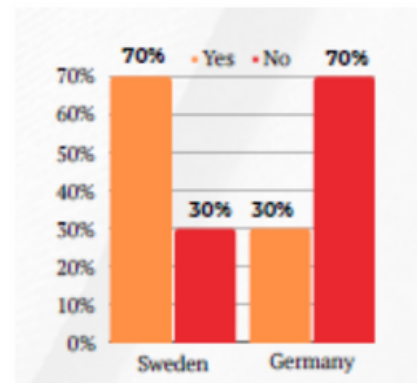


Es ist auch wesentlich häufiger, dass deutsche Männer andere dazu gebracht haben, sexuelle Handlungen an ihnen vorzunehmen, die die Person eigentlich nicht wollte. In Deutschland beantworten 12 % der Männer auf diese Frage mit "Ja". Bei den schwedischen Männern liegt die entsprechende Zahl bei 3 %. In beiden Ländern gibt die Mehrheit an, dass die Person, die sie genötigt haben, eine Frau war.

Große Akzeptanz für Sexkauf in Deutschland

Mehrere Studien haben gezeigt, dass das Sexkaufverbot seit seiner Einführung in der schwedischen Öffentlichkeit, insbesondere bei Frauen, eine hohe Akzeptanz hat. Frühere Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit der schwedischen Bevölkerung der Meinung ist, dass der Kauf sexueller Handlungen illegal sein sollte. Die aktuelle Studie zeigt dasselbe Ergebnis: 70 % der schwedischen Befragten stimmen der Frage, ob der Kauf von sexuellen Handlungen illegal sein sollte, zu. Zugleich zeigen die Ergebnisse für Deutschland das Gegenteil. In Deutschland antworteten 70 % stattdessen mit "Nein". Ein Vergleich zwischen den Ländern zeigt auch, dass es in Deutschland praktisch keine geschlechtsspezifischen Unterschiede gibt, während in Schweden ein Unterschied zu finden ist. Die Ergebnisse dieser Umfrage zeigen, dass ein sehr hoher Anteil der schwedischen Frauen der Meinung ist, dass der Kauf sexueller Handlungen illegal sein sollte (91 %). Unter den schwedischen Männern liegt das Ergebnis bei 63 %.

Abg. 2: Anteil der Personen, die der Meinung sind, dass der Kauf sexueller sexuelle Handlungen illegal sein sollte.



DIE DREI FRAGEN DES SURVEYS

1. Glauben Sie, dass es illegal sein sollte, eine andere Person gegen Entgelt oder unentgeltlich zu bezahlen, damit sie Sex mit einer anderen Person hat?
2. Inwieweit haben Sie schon mit Geld bezahlt, um mit einer anderen Person sexuell zusammen zu sein?
3. Haben Sie jemals eine Person beeinflusst, sexuelle Handlungen an Ihnen vorzunehmen, die die Person eigentlich nicht wollte?

ÜBER DIE UMFRAGE

Die Erhebung wurde von Novus in Schweden in Zusammenarbeit mit Norstat in Deutschland durchgeführt. Die Datenerhebung fand online im Zeitraum vom 22.09. bis 05.10.2023 statt. Eine repräsentative Stichprobe der Bevölkerung nahm an der Umfrage teil: 1041 Befragte in Schweden und 1004 Befragten in Deutschland. Das Alter der Befragten lag zwischen 18 und 84 Jahren.

Fehlermarge bei 1.000 Interviews: Für das Ergebnis 20/80: +/- 2,5%, für das Ergebnis 50/50: +/- 3,1%

Oktober 2023

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Prostitution am 05.10.2023 haben wir einen Online - Vortrag von Dr. Jakob Drobnik mit anschließendem Gespräch *Deutschlands Prostitutionsgesetze im Kontext völkerrechtlicher Abkommen, der Strafrechtsreform von 2016 und des Vertragsrechts* initiiert. Dr. Jakob Drobnik, Universität Posen, untersuchte als Mitautor des Werkes "Sexkauf - Eine rechtliche und rechtsethische Untersuchung der Prostitution" die deutsche Prostitutionsgesetzgebung im internationalen Vergleich. Prof. Dr. Elke Mack und Prof. Ulrich Rommelfanger hinterfragen in dem Buch die gesetzgeberische Annahme der Freiwilligkeit des Sexverkaufs in Deutschland und prüfen eine Verletzung des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung im Hinblick auf die Würde der Menschen in der Prostitution. „Meine internationalen Kollegen sind sehr verwundert, dass Deutschland mit seiner großartigen und grenzübergreifenden Rechtstradition auf solchen Regelungen bestehen kann“, so Dr. Drobnik. Die Veranstaltung war informativ und gut besucht.

November 2023

Am 26.11.2023 fand die Gedenkfeier zum Tode von Sr. Dr. Lea Ackermann in Boppard statt. Die vielen Grußworte bestätigten, dass Sr. Lea eine ganz besondere, spezielle Frau war, die in ihrem Leben Hervorragendes geleistet und durch SOLWODI Deutschland e.V. unfassbar Großartiges hinterlassen hat! Worte wie energisch, hartnäckig, geschäftstüchtig fielen und weckten in jedem von uns lebhaftere Erinnerungen an sie. Eine besondere Wertschätzung war, dass Ministerpräsidentin Malu Dreyer (Rheinland-Pfalz) das erste Grußwort persönlich hielt. Simone Kleinert als Vertreterin des Bündnisses nahm an der Gedenkfeier teil.



SOLWODI aktuell, 13.01.2024

„SOLWODI verliert mit ihr eine starke Persönlichkeit und charismatische Gründerin. Sie hat sich unermüdlich für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder eingesetzt. Dass SOLWODI heute an 18 Standorten mit 21 Fachberatungsstellen vertreten ist, ist die große Leistung ihres Lebens. „Empowerment“, das war eines ihrer Lieblingsworte, weil sie Frauen dazu befähigen wollte, ein eigenständiges und gewaltfreies Leben zu führen.“

Ministerpräsidentin Malu Dreyer (Rheinland-Pfalz)



von links: Maria Decker (Vorstand SOLWODI Deutschland), Elisabeth Akinyi (SOLWODI Kenia), Angelika Fromm, Bewegung: Wir sind Kirche), Monika Sauer (Präsidentin Sportbund Rheinland), Zemfira Dlovani (Vertreterin FrauenUnion), Grace Odembe (SOLWODI Kenia), Simone Kleinert

November 2023

Nach über 22 Jahren fehlgeleiteter Prostitutionspolitik zeichnet sich in Deutschland ein Paradigmenwechsel ab: Mit dem Positionspapier für ein Sexkaufverbot der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag und den jüngsten Aussagen des Bundeskanzlers Olaf Scholz zur Prostitution, ist das Thema endlich auf höchster politischer Ebene angekommen. Die Entwicklungen werden auch international wahrgenommen. Das Bündnis Nordisches Modell hat gemeinsam mit CAP International und der European Women's Lobby hierzu ein Statement veröffentlicht.



Gemeinsame Erklärung von CAP International, der European Women's Lobby und des Bündnis Nordisches Modell

In Deutschland kündigt sich ein Paradigmenwechsel an

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion positioniert sich für das Nordische Modell und der Bundeskanzler verurteilt den Kauf sexueller Handlungen

Am 7. November 2023 hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Positionspapier verabschiedet, das die Einführung des Nordischen Modells in Deutschland fordert. Die Fraktion schlägt ein Drei-Säulen-Modell vor, um entschiedener gegen Menschenhandel und Prostitution vorzugehen. Eine Woche später äußerte sich auch Bundeskanzler Olaf Scholz zu der Frage, wie er zu einem Sexkaufverbot stehe und machte deutlich, dass der Sexkauf zurückgedrängt werden müsse. Die Ereignisse in Deutschland reihen sich nicht nur in eine abolitionistische Dynamik ein, die in ganz Europa zu beobachten ist, sondern sie deuten nach 20 Jahren fehlgeleiteter Prostitutionsgesetzgebung einen Paradigmenwechsel in Deutschland an.

In dem Papier mit dem Titel "Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden - Sexkauf bestrafen" fordert die CDU/CSU-Fraktion ein Drei-Säulen-Modell zu Prostitution. Die erste Säule umfasst Ausstiegshilfen und Unterstützung für prostituierte Personen sowie die Stärkung der Prävention durch Aufklärung. Die zweite Säule sieht die Entkriminalisierung von prostituierten Personen, die Kriminalisierung des Kaufs sexueller Handlungen und aller Formen der Zuhälterei einschließlich des Betriebs von Bordellen vor. Eine dritte Säule fordert die Einrichtung spezialisierter Polizeieinheiten, die Weiterbildung von Professionellen zu trauma-sensiblen Ansätzen sowie eine strenge Strafverfolgung und Strafvollstreckung.

Darüber hinaus stellt die CDU/CSU in ihrem Positionspapier fest, dass die derzeitige Gesetzgebung zur Prostitution in Deutschland nicht geeignet ist, Gewalt und Kriminalität innerhalb des Prostitutionssystems zu bekämpfen. Die Fraktion erkennt die schwerwiegenden Folgen der Prostitution für die Betroffenen wie auch für die Gesellschaft insgesamt an und erklärt: " Es lässt sich nicht miteinander vereinbaren, Gleichberechtigung zu fordern, ‚die Frau‘ zugleich aber als käufliche Ware zu akzeptieren."

Am 15. November hat sich Bundeskanzler Olaf Scholz auf Nachfrage der CSU-Abgeordneten Dorothee Bär zur Frage geäußert, wie er zu einem Sexkaufverbot stehe. Der Kanzler unterstrich: „Prostitution ist schlimm und diejenigen, die in diesem Bereich tätig sind, haben ein schweres Leben, das ganz oft mit Missbrauch, mit Gewalttaten und kriminellen Strukturen verbunden ist. Es muss deshalb alles dafür getan werden das zurückzudrängen. [...] Wir müssen in der Tat sehr viel unternehmen, um Prostitution zurückzudrängen und den Sexkauf [...] nicht als eine Normalität zu akzeptieren, sondern als etwas, das nicht in Ordnung ist.“ Mit Nachdruck ergänzte der Kanzler: „Ich finde es nicht akzeptabel, wenn Männer Frauen kaufen. Das ist etwas, was mich moralisch immer empört hat."

Das *Bündnis Nordisches Modell*, *CAP International* und die *European Women's Lobby* begrüßen das Papier und die vorgeschlagenen Maßnahmen der CDU/CSU-Fraktion sowie die Aussagen des Kanzlers ausdrücklich. Die Entwicklungen folgen einer europaweit zu beobachtenden abolitionistischen Dynamik. Seit Schweden 1999 als erstes Land die Elemente des Nordischen Modells – auch Gleichstellungsmodell genannt – eingeführt hat, sind zahlreiche andere Länder wie Norwegen, Island, Nordirland, Frankreich und Irland gefolgt. Auch in Kanada und Israel ist das Nordische Modell in Kraft. Alle Länder können auf beachtliche Erfolge bei der Bekämpfung von Menschenhandel und Ausbeutung verweisen.

Im September 2023 bekräftigte und verstärkte das Europäische Parlament seine abolitionistische Position durch die Annahme der Noichl-Resolution, in der die Mitgliedsstaaten aufgefordert werden, alle Säulen des Nordischen Modells umzusetzen.[1] Die Resolution wurde von der deutschen Sozialdemokratin Maria Noichl initiiert und erhielt schließlich eine parteiübergreifende Mehrheit.

In Deutschland ist die CDU/CSU die erste Fraktion im Bundestag, die sich einstimmig auf eine neue Gesetzgebung in der deutschen Prostitutionspolitik geeinigt hat. Doch auch in anderen Parteien mehren sich die Stimmen für eine Gesetzesänderung – besonders innerhalb der SPD. Die baden-württembergische SPD forderte bereits 2019 die Einführung des Nordischen Modells in Deutschland. Es ist zu hoffen, dass sich bald die gesamte SPD dieser Forderung anschließt, die ein Schritt in Richtung Gleichstellung von Frauen und Männern und sozialer Gerechtigkeit ist.

Die Umsetzung des Nordischen Modells steht im Einklang mit internationalen Verträgen und Standards zur Förderung der Rechte von Frauen und zur Bekämpfung des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, insbesondere mit Artikel 6 des CEDAW-Übereinkommens, der Allgemeinen Empfehlung 38 des CEDAW-Ausschusses, Artikel 9 Absatz 5 des Palermo-Protokolls und der UN-Resolution vom 15. Dezember 2022.

Im Oktober dieses Jahres betonte die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Reem Alsalem, in einer Stellungnahme zum französischen abolitionistischen Gesetz, dass die Staaten verpflichtet sind, die Nachfrage zu bekämpfen, die Menschenhandel und Ausbeutung fördert. Sie verwies ausdrücklich auf die Erfolge, die in Frankreich durch die Umsetzung des Nordischen Modells erzielt wurden, und stellte abschließend fest, dass es empirische Erkenntnisse gibt, die belegen, dass die Dekriminalisierung des Kaufs sexueller Handlungen die Situation der prostituierten Personen verschlechtert und die Menschenrechte grundlegend verletzt.

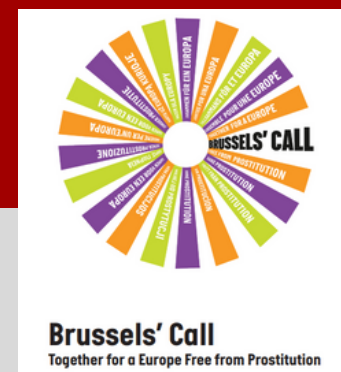
Auch die OSZE erklärt seit Jahren, dass die Kriminalisierung der Nachfrage nach Prostitution ein wirksames Instrument zur Bekämpfung des Menschenhandels ist. In Bezug auf Deutschland hat die OSZE im vergangenen Jahr festgestellt, dass die hiesige Gesetzgebung keinen ausreichenden Schutz für vulnerable Personen in der Prostitution bietet und damit auch die Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels untergräbt.

COALITION ABOLITION PROSTITUTION - CAP INTERNATIONAL

CAP International ist ein Zusammenschluss von 35 Basisorganisationen und von Überlebenden geführten Organisationen in 28 Ländern, die sich für ein gemeinsames Ziel einsetzen: die Abschaffung der Systeme der Prostitution und des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung.

Nach dem 3. Weltkongress in Mainz 2019 organisiert CAP den **4. Weltkongress für die Abschaffung der Prostitution** vom 01. bis 03. Juni 2024 in Montreal, an den auch wir als Bündnis vertreten sein werden.

Die Positionierung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist daher ein wichtiger Schritt in Richtung einer frauenrechtsorientierten Gesetzgebung zu Prostitution und ein hervorragender Fortschritt im Kampf gegen den Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung. Und auch die vielen Stimmen, die innerhalb der SPD auf ein Umdenken pochen deuten einen Paradigmenwechsel an. Dies kann aber nur ein erster Schritt sein. Es ist höchste Zeit, dass alle politischen Parteien Hilfs- und Überlebendenorganisationen zuhören und ihre Augen nicht länger vor der Realität des sexistischen, rassistischen und klassistischen Systems Prostitution verschließen.



EUROPEAN WOMEN'S LOBBY (EWL)

Die Europäische Frauenlobby - European Women's Lobby (EWL) - ist eine internationale, auf europäischer Ebene agierende Lobbyorganisation für die Interessen von Frauen. Sie genießt beratenden Status im Europarat und im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, sowie Beobachterstatus im Beratenden Ausschuss für Chancengleichheit bei der Europäischen Kommission.

Die European Women's Lobby (EWL) bringt die Frauenbewegung in Europa zusammen, um die Öffentlichkeit und die europäischen

Institutionen im Sinne der Menschenrechte von Frauen und der Gleichstellung von Frauen und Männern zu beeinflussen. Sie ist die größte europäische Dachorganisation von Frauenverbänden, die insgesamt mehr als 2.000 Organisationen in 32 Ländern vertreten. Deutschland wird vom Deutschen Frauenrat bei der EWL vertreten.

Die European Women's Lobby (EWL) ist wie wir als Bündnis Nordisches Modell Unterstützerinnen des Brussels' Call. Der Brussels' Call setzt sich für ein Europa frei von Prostitution ein.

November 2023

Auf Initiative von CAP International waren wir mit einer ukrainischen abolitionistischen Delegation im politischen Berlin unterwegs. Die Delegation hatte Gespräche mit dem Parlamentskreis Prostitution, dem Menschenrechtsausschuss und dem Familienministerium. Die Delegation, Jonathan Machler (CAP) und auch Andrea Salvoni von der OSZE haben im Gespräch mit dem Parlamentskreis klar gemacht: Alles schaut auf Deutschland, und wenn sich die deutsche Prostitutionsgesetzgebung ändert, löst das eine Welle in Europa aus.



von links: Andrea Salvoni (OSZE), Kerstin Neuhaus (BNM), Marietta Hageney (DIAKA), Ella Lamakh (Präsidentin des Zentrums für Demokratie und Entwicklung), Dorothee Bär MdB, Leni Breymaier MdB, Iulia Dorohova (Überlebende der Prostitution), Olena Zaitseva (Rechtsanwältin) und Jonathan Machler (CAP)

Dezember 2023

Am 15.11.2023 ludt die OSZE zum Runden Tisch „Bekämpfung von Menschenhandel bei Sport Großveranstaltungen in die Hofburg, dem ständigen Sitz der OSZE in Wien, ein. Ina Hansmann und Simone Kleinert waren als Vertreterinnen des Bündnisses eingeladen. Wir hatten die Gelegenheit, unser Konzept zur Fußball Europameisterschaft der Herren 2024 in Deutschland vorzustellen. Nach den Vorträgen konnten wir uns bei einem gemeinsamen Mittagessen mit weiteren Gästen vernetzen.



Ina Hansmann und Simone Kleinert



VERFASSUNGSBESCHWERDE

Unsere Bündnispartnerin Dr. Britta Zangen, geboren 1947 in Düsseldorf, Literaturwissenschaftlerin, Autorin und Dozentin hat diesen Juli beim Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerde gegen das Prostitutionsgesetz und das Prostituiertenschutzgesetz eingelegt.

Britta hat sich immer schon für Frauenrechte stark gemacht. Ihre Doktorarbeit in Anglistik kommentierte ihr Doktorvater mit: „Das ist die feministischste Doktorarbeit, die je jemand in Düsseldorf eingereicht hat.“ Mit 46 Jahren gründet Britta als eine von 22 Frauen, die feministische Partei „Die Frauen“.

2020 wurde ihr vom Bundespräsidenten die Verdienstmedaille der BRD für diverse Ehrenämter, wie z.B. ihre Arbeit im Frauenhaus, verliehen. Die Corona Pandemie hat Britta 2020 dazu veranlasst, einen eigenen englischsprachigen [YouTube Kanal](#) zu Themen wie Menschenrechte, Frauen, Klimawandel, Alter und Gesundheit zu gründen.

VERFASSUNGSBESCHWERDE GEGEN
DAS PROSTITUTIONSGESETZ UND
DAS PROSTITUIERTENSCHUTZGESETZ



BETTERPLACE

Britta Zangen. "Deutschland ist seit der Legalisierung des Prostitutionsmarkts 2002 (Prostitutionsgesetz) das europäische Land für Prostitution geworden, mit einem Jahresumsatz von ca. 15 Mrd. Euro. Der Markt für Prostitution ist durch die hohe Nachfrage seit der Gesetzesänderung enorm gewachsen, die Ausbeutung von Frauen an der Tagesordnung und die Organisierte Kriminalität kontrolliert große Teile der Prostitution. Prostituierte Frauen erfahren brutale Gewalt durch Freier und Zuhälter. Der deutsche Gesetzgeber tut aber nach wie vor so als wäre Prostitution eine „sexuelle Dienstleistung“ – ein Job wie jeder andere. Erfahrungsberichte Betroffener, Einschätzungen aus der Sozialen Arbeit und der Polizei sowie wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass das deutsche Gesetz die Ausbeutung abertausender Frauen in der Prostitution fördert. Doch nicht nur prostituierte Frauen sind von den Auswirkungen dieser Gesetzgebung betroffen, sondern es sind alle Frauen, die durch das Gesetz in ihrer Würde verletzt werden. Denn die Prostitution baut auf dem Grundsatz auf, dass Frauen als Objekte zur Bedürfnisbefriedigung von Männern gekauft werden können, Bordelle machen Werbung mit der Unterwürfigkeit von Frauen und in Freierforen werden verletzende Praktiken gegen Frauen bejubelt.

Dagegen bin ich am 11.7.23 vor das Bundesverfassungsgericht gegangen, weil Prostitution meine Würde als Frau ebenso wie die Würde jeder Frau auf eklatante Weise verletzt (siehe Art. 1 Abs. 1 GG). Die 20.000 € sind die veranschlagten Anwaltskosten. Sollte das Gericht mich abweisen (womit ich nicht rechne), gehe ich weiter an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, wofür erneut viel Geld gebraucht würde. Sollte Geld übrigbleiben, wird es einem Verein zugehen, der betroffene Frauen beim Ausstieg aus der Prostitution unterstützt."

[Betterplace](#)



FILM

Unsere Bündnispartnerin SISTERS - für den Ausstieg aus der Prostitution e.V. -Ortsgruppe Tübinge haben einen Film produziert.

Maria war viele Jahre an verschiedenen Orten in Deutschland in der Prostitution. Wie sie hineinkam, was sie erlebt hat und wie ihr schließlich der Ausstieg gelungen ist, erzählt sie im Video. Maria berichtet von der Gewalt im Rotlicht, dem Anspruchsdenken der Freier, von Freundschaften zu anderen Prostituierten und der Stigmatisierung, die sie noch Jahre später nach ihrem Ausstieg erfährt. Es ist eine Geschichte aus dem Hier und Jetzt. Marias Erzählungen zeigen auf, was im Umgang mit der Prostitution in Deutschland schief läuft.

[Hier](#) gelangen Sie zum Film.

WHITEPAPER DER FRAUENZENTRALE ZÜRICH

Unsere Bündnispartnerin Olivia Frei, Frauenzentrale Zürich, hat ein [Whitepaper zur Prostitution in der Schweiz](#) verfasst. Darin kann man nachlesen, warum Prostitution als System zu verstehen ist, welchen Gefahren Frauen in der Prostitution ausgesetzt sind und wie sich eine liberale von einer entkriminalisierten Prostitutions-gesetzgebung unterscheidet. Zudem wird das Entkriminalisierungsmodell mit dem nordischen Modell verglichen. Auf der Suche nach Fakten, Daten und Argumenten muss man nicht mehr das Internet durchforsten, sondern findet sie kompakt im Whitepaper.



DIE OSZE FORDERT DIE DEUTSCHE REGIERUNG AUF, DIE NACHFRAGE NACH PROSTITUTION ZU BEKÄMPFEN, UM IHREN INTERNATIONALEN RECHTLICHEN VERPFLICHTUNGEN NACHZUKOMMEN

Zweck des Rechtsgutachtens

Auf Ersuchen des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages hat das Büro der OSZE für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) ein Rechtsgutachten zur aktuellen Prostitutionsgesetzgebung in Deutschland erstellt. Ziel des Gutachtens war die Überprüfung der aktuellen Gesetze auf ihre Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und den OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf die Verhütung und die Bekämpfung des Menschenhandels. Überprüft wurden das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten (ProstG) aus dem Jahr 2002 sowie das Gesetz zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (ProstSchG) aus dem Jahr 2017 in Verbindung mit den maßgeblichen Bestimmungen des Strafgesetzbuches (StGB).

Ein besonderer Fokus lag hierbei auf der Überprüfung der Übereinstimmung der Rechtsvorschriften mit Artikel 9 des sog. Palermo-Protokolls^[1] und mit dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität. Letzteres verpflichtet die Vertragsstaaten dazu, der Nachfrage entgegenzuwirken, „die alle Formen der zum Menschenhandel führenden Ausbeutung von Personen, insbesondere von Frauen und Kindern, begünstigt“.

Wichtigste Ergebnisse und Empfehlungen

Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die deutschen Gesetze „anscheinend keine ausreichenden Schutzvorkehrungen für in der Prostitution tätige schutzbedürftige Personen sowie für Personen, die sich außerhalb des Systems der angemeldeten Ausübung der Prostitution bewegen [enthalten], und (...) damit unter Umständen die Anstrengungen zur Verhütung des Menschenhandels [untergraben]“. Dabei weist es auch auf die aktuelle akute Gefährdung für Geflüchtete aus der Ukraine hin.

Im Gutachten wird die „Einbeziehung gesetzgeberischer und nicht-gesetzgeberischer Instrumente zur Eindämmung der Nachfrage, die die zu Menschenhandel führende Ausbeutung begünstigt“ sowie die „Erwägung von Rechtsvorschriften zur Verringerung der Nachfrage im Einklang mit Artikel 9 Absatz 5 des Palermo-Protokolls, durch die Bekämpfung der Ursachen der Prostitution, die die zu Menschenhandel führende Ausbeutung begünstigen“ empfohlen.

[1] Vollständiger Titel: Zusatzprotokolls zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität

GUTACHTEN ZU DEUTSCHEN GESETZEN ZUM THEMA PROSTITUTION UND MENSCHENHANDEL

DEUTSCHLAND

Hier ist hervorzuheben, dass die Empfehlungen nicht ausschließlich auf die Nachfrage nach Ausbeutung in Form von Menschenhandel gerichtet sind, sondern auf jedwede Nachfrage, die die zu Menschenhandel führende Ausbeutung begünstigt. In anderen Worten, die Nachfrage nach Prostitution, wie in den Punkten 28-30 des Gutachtens genauer dargelegt wird.

Das Gutachten beinhaltet außerdem die Empfehlung im Rahmen der aktuell laufenden Evaluierung des Prostituiertenschutzgesetzes die Gründe zu untersuchen, „warum die Verwaltungsvorschriften, einschließlich der garantierten Sozialleistungen, so wenig in Anspruch genommen werden“. Es wird empfohlen, für die Evaluation die wichtigsten Interessenträger, also Personen in der Prostitution, Überlebende des Menschenhandels, die in Deutschland in der Prostitution ausgebeutet wurden, Überlebenden-Netzwerke, Organisationen, die von Menschenhandel Betroffene unterstützen sowie lokale Behörden und Arbeitsinspektorate zu konsultieren.

Die Ergebnisse und Empfehlungen des Berichts machen deutlich, dass die deutsche Gesetzgebung zu Prostitution und Menschenhandel im Kampf gegen den Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung äußerst ineffizient und wenig produktiv ist. Während es einen internationalen Konsens unter Überlebenden des Menschenhandels gibt, dass die Nachfrage nach Prostitution kriminalisiert werden muss, um den Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung zu bekämpfen und die internationale Gesetzgebung zu Menschenrechten die Ausbeutung der Prostitution verbieten, hat die deutsche Gesetzgebung das Gegenteil bewirkt: den Kauf von sexuellen Handlungen und die Ausbeutung der Zuhälterei zu legalisieren.

Die Idee, dass die Legalisierung der Prostitution zu einer Verringerung des Menschenhandels führt, wird in dem Bericht ebenfalls entkräftet, indem festgestellt wird, dass die eingeräumten "Rechte" "wenig genutzt" werden, und dass die Prostituierten nicht "ausreichend geschützt" sind.

Dieses Rechtsgutachten der OSZE ist ein weiteres Beispiel für die endlose Liste von Beweisen und Gutachten, die die katastrophalen Auswirkungen der Legalisierung des Prostitutionssystems in Deutschland belegen. Es ist höchste Zeit, dass die deutsche Regierung die Augen öffnet und einen Paradigmenwechsel in Sachen Prostitution vollzieht. Es ist Zeit für die Abschaffung des Prostitutionssystems in Deutschland.

Das vollständige Gutachten versenden wir auf Anfrage.

NEUE STUDIE: DEUTSCHE PROSTITUTIONSGESETZE HELFEN MENSCHENHÄNDLERN UND FÖRDERN ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

„Sexkauf – eine rechtliche und rechtsethische Untersuchung der Prostitution“ ist die Forschungsarbeit von Prof. Dr. Elke Mack, Prof. Dr. Ulrich Rommelfanger und Dr. Jakob Drobnik. Sie erschien am 26. Juni 2023 im Nomos Verlag. Die AutorInnen hinterfragen in dem Buch die gesetzgeberische Annahme der Freiwilligkeit des Sexverkaufs in Deutschland und prüfen eine Verletzung des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung im Hinblick auf die Würde der Menschen in der Prostitution. In dem Werk wird untersucht, inwieweit bei der Einführung des Prostitutionsgesetzes 2002 die Konformität der geplanten Gesetzgebung mit den Grundrechten, insbesondere mit der Menschenwürde, geprüft wurde.

Die drei WissenschaftlerInnen kommen zu dem Ergebnis, dass die Gesetze gegen die Deutsche Verfassung verstoßen und einer dringenden Totalrevision bedürfen. Sie sprechen sich darum für das Nordische Modell aus, das die Frauen entkriminalisiert und den Sexkauf bestraft.

Das Buch ist im Buchhandel erhältlich.



v.l.n.r.: Jakob Drobnik, Elke Mack, Ulrich Rommelfanger,
Foto: Stefan Baumgarth



KLEINE ANFRAGE DER CDU CSU BUNDESTAGSFRAKTION

Im April stellte die Fraktion der CDU/CSU eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung. Tatsache ist, dass der Bundesregierung nur sehr eingeschränkte Erkenntnisse über das tatsächliche Ausmaß der Prostitution und die Situation Prostituiertes in Deutschland vorliegen, da sie die meisten Fragen nicht ausreichend beantworten konnte (Antwort). Die Fraktion der CDU/CSU stellte heraus: "Trotz des fortbestehenden Verbots der Ausbeutung von Prostituierten, der Zwangsprostitution und des Menschenhandels und trotz der Neugestaltung der Straftatbestände der §§ 232 ff. des Strafgesetzbuches (StGB) hat sich die mit dem Gesetz verbundene Hoffnung auf eine Verbesserung der prekären Situation der weit überwiegenden Zahl der Menschen in der Prostitution nicht erfüllt."

BUNDESLAGEBILD UND STATISTISCHES BUNDESAMT

Das aktuelle Bundeslagebild Menschenhandel verzeichnet einen Anstieg um 14,1 % bei den ermittelten Opfern, wobei etwa jedes sechste Opfer regulär nach dem ProstSchG angemeldet war. Die Verlagerung hin zur Wohnungsprostitution und Hotelbesuchen setzt sich laut BKA auch nach Ende der Covid-19 Pandemie fort. Es handelt sich also um einen Effekt, der auch in anderen Ländern zu beobachten ist und damit nicht als spezifische Wirkung des Nordischen Modells angesehen werden kann. Obwohl die Freier-Strafbarkeit gemäß §232 a Abs. 6 StGB existiert und abschreckende Wirkung entfalten soll, ist dem Bundeslagebild kein Strafverfahren in diesem Bereich zu entnehmen, was die Wirkung solcher Gesetze bei einem gleichzeitig bestehenden legalen Prostitutionsmarkt stark in Frage stellt.

Den aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamts für 2022 ist zu entnehmen, dass 28.278 Prostituierte gemäß dem ProstSchG angemeldet waren. Diese Zahl bildet nach wie vor nur einen Bruchteil der schätzungsweise 150.000 in der Prostitution Tätigen ab. Das ProstSchG bringt also wenig Licht ins Dunkel, was die statistischen Zahlen angeht. Konstatieren lässt sich jedoch, dass das ProstSchG primär den Prostitutionsmarkt und seine Profiteure schützt und Frauen weiter unter dem Deckmantel der Legalität ausgebeutet werden.

Das Bundeslagebild des Bundeskriminalamts und die Zahlen des Statistischen Bundesamtes zum Prostituiertenschutzgesetz 2022 zeigen erneut auf, dass die deutschen Gesetze zur Regelung der Prostitution und zur Bekämpfung des Menschenhandels zur sexuellen Ausbeutung weitestgehend wirkungslos sind.

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT EMPFIEHLT DEN MITGLIEDSSTAATEN DIE UMSETZUNG DER SÄULEN DES NORDISCHEN MODELLS

Prostituierte Personen entkriminalisieren und unterstützen, Ausstiegshilfen fördern, Profitierende bestrafen, die Nachfrage nach Prostitution reduzieren und mehr Prävention – diese Forderungen enthält eine neue Resolution des Europäischen Parlaments. Damit wird den Mitgliedsstaaten nicht nur die Umsetzung der fünf Säulen des Nordischen Modells nahegelegt, sondern auch klargestellt, dass es sich bei Prostitution um eine Form geschlechtsspezifischer Gewalt handelt.

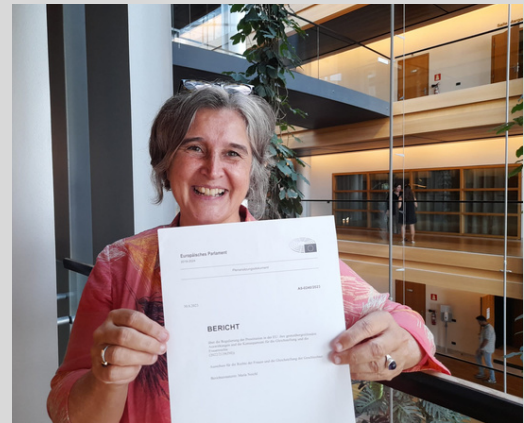
Die SPD-Europaabgeordnete **Maria Noichl** hatte zunächst einen Bericht über Prostitution und ihre Auswirkungen auf die Gleichstellung und die Frauenrechte initiiert und anschließend die Verhandlungen geleitet. Der Bericht wurde dann im Gleichstellungsausschuss des Europäischen Parlaments diskutiert und weiter ausgearbeitet. Am heutigen Donnerstag wurde der Bericht schließlich mit 234 Stimmen angenommen und ist damit eine Resolution des Parlaments, die sich an die Mitgliedsstaaten der EU richtet. Wir begrüßen die Resolution außerordentlich. Unsere Forderung, in der Prostitutionspolitik in Deutschland endlich umzusteuern, wird nun durch das Europäische Parlament bekräftigt. Ein Europa der Frauenrechte ist ein Europa ohne Prostitution.

Prostitution resultiert aus Ungleichheit und verstärkt diese

Der Bericht geht ausführlich auf die Lebensumstände, unter denen überwiegend Frauen in die Prostitution geraten, ein. Armut, Chancenungleichheit, frühe Gewalterfahrungen oder Formen der Diskriminierung sind Faktoren, die Frauen verletzlich machen, in die Prostitution zu geraten. Die Prostitution spiegle dabei die vorherrschenden Machtverhältnisse wider und reproduziere diese, hält die Resolution fest. Außerdem würden in der Prostitution nicht nur Frauen ganz überwiegend von Männern ausgebeutet, sondern die Prostitution sei ebenfalls von rassistischen Stereotypen bestimmt. „Solange wir das System Prostitution in Europa dulden, wird es keine Gleichstellung geben“, sagt Maria Noichl. „Nur wenn wir Prostitution als Gewaltform anerkennen und die Strukturen dahinter analysieren, können wir Frauenrechte wahren und stärken.“ Neben der Situation der Prostituierten nimmt die Resolution auch jene Akteure in den Blick, die von der Prostitution anderer profitieren. So würden Dritte die Not von Frauen ausnutzen und diese gezielt ausbeuten. Doch nicht nur Zuhälter oder Menschenhändler gehören zu diesen Profiteuren, sondern auch Bordellbetreibende und Freier.



Maria Noichl



Die Nachfrage nach Prostitution muss reduziert werden

„Die Nachfrage ist der Motor, der das System Prostitution antreibt und erst ermöglicht, dass mit der ‚Ware‘ Frau Milliarden verdient werden können“, sagt Marie Merklinger. Sie war selbst viele Jahre in der Prostitution und sprach als Expertin bereits auf zahlreichen Veranstaltungen im Parlament. Aber die Freier seien es auch, die den Frauen schwere psychische und physische Schäden zufügten. „Freier übergehen den sexuellen Konsens, indem sie Geld auf den Tisch legen. Deshalb sage ich, Prostitution ist eine bezahlte Vergewaltigung.“ Maria Noichl betont, dass es mit der Resolution gelungen sei, den Fokus endlich auf die Wurzel des Problems zu legen – die Nachfrage. „Wir müsse die Freier endlich stärker in den Mittelpunkt der Debatte stellen“, fordert Noichl.

Deutschland muss umdenken

In Deutschland ist der Prostitutionsmarkt seit 2002 weitestgehend legalisiert. Die Bundesregierung stellte jedoch bereits 2007 fest, dass die Ziele des Gesetzes nicht erreicht werden konnten. 2017 wurde mit dem Prostituiertenschutzgesetz versucht nachzubessern. Wir sehen aber, dass nach über sechs Jahren Prostituiertenschutzgesetz keine Verbesserungen für die Frauen in der Prostitution erreicht werden konnten. Der Ansatz, eine Form geschlechtsspezifischer Gewalt durch Regulierung und Bürokratie bekämpfen zu wollen, ist der falsche Weg. Die Säulen des Nordischen Modells sind auch in der Resolution des Europäischen Parlaments festgehalten. Neben der Entkriminalisierung Prostituerter soll diesen auch mehr Unterstützung zukommen und Ausstiegshilfen angeboten werden. Profiteure der Prostitution werden hingegen kriminalisiert. Hier fällt auch das sogenannte Sexkaufverbot darunter, das Freier, aber nicht die Prostituierten, bestraft. Außerdem soll durch Prävention und Aufklärung verhindert werden, dass Menschen überhaupt in die Prostitution geraten. „Die Resolution des Europäischen Parlaments verleiht uns Überlebenden eine Stimme, indem sie unsere Forderungen aufgreift und sich gegen das System Prostitution stellt“, konstatiert Marie Merklinger.

EIN WICHTIGER SCHRITT RICHTUNG NORDISCHES MODELL IST GETAN: DIE CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION FORDERT DAS NORDISCHE MODELL FÜR DEUTSCHLAND

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 07. November 2023 das Positionspapier „Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden – Sexkauf bestrafen“ verabschiedet, in dem sie die Einführung des Nordischen Modells in Deutschland fordert. Mit diesem Schritt folgt sie den Empfehlungen des Europäischen Parlaments sowie dem Vorbild anderer europäischer Mitgliedsstaaten, unter anderem Schweden und Frankreich, die das Nordische Modell bereits umsetzen.

Die CDU/CSU-Fraktion erklärt die bisherige deutsche Prostitutionsgesetzgebung als gescheitert. Sie legt dar, dass dadurch Prostituierte in Deutschland nicht vor sexueller Ausbeutung und Menschenhandel geschützt werden können. „Unter dem Schutzmantel der vom Gesetzgeber geschaffenen Legalität der Prostitution konnte sich ein Handel mit Menschen unkontrolliert ausbreiten“, heißt es in dem Papier.



Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden – Sexkauf bestrafen

Positionspapier der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Beschluss vom 7. November 2023

CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Auch die Freierstrafbarkeit bei leichtfertig in Kauf genommener Ausnutzung einer Zwangslage läuft laut der Fraktion ins Leere. Statt der bisherigen Regelungen fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine neue Gesetzgebung, die auf dem Nordischen Modell fußt. Sie schlägt ein Drei-Säulen-Modell vor, das die Aufklärung der Gesellschaft, Ausstiegshilfen für Personen in der Prostitution bei gleichzeitiger Entkriminalisierung derselben sowie die Strafbarkeit aller Profiteure inklusive der Freier beinhaltet.

Wir begrüßen das Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ausdrücklich. Wir versprechen uns von einer generellen Freierstrafbarkeit eine drastische Verkleinerung des Prostitutionsmarktes und einen Rückgang des Menschenhandels nach Deutschland. Besonders erfreulich ist auch die dauerhaft vorgesehene staatliche Unterstützung der Fachberatungsstellen. Kerstin Neuhaus, Sozialarbeiterin und Referentin für das *Bündnis Nordisches Modell* sagt hierzu: „Der Ausstieg aus der Prostitution ist ein langer und schwieriger Weg, der mehrere Jahre in Anspruch nehmen kann. Fachberatungsstellen müssen über die nötige Kompetenz, aber auch über die langfristige finanzielle Absicherung verfügen, um Frauen aus der Prostitution heraus helfen zu können.“

Das Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist ein erster wichtiger Schritt für die weitere Entwicklung der Prostitutionsgesetzgebung in Deutschland. Wir hoffen, dass sich weitere Fraktionen anschließen und schnellstmöglich eine grundlegende Änderung der deutschen Prostitutionsgesetzgebung erfolgt. Es ist daher zu begrüßen, dass bereits auch Bundestagsabgeordnete anderer Parteien ein Umdenken in der Prostitutionsgesetzgebung fordern.



REGIERUNGSBEFRAGUNG AM 15.11.2023 IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Im Rahmen der Regierungsbefragung am 15.11.2023 hat sich Bundeskanzler Olaf Scholz auf Frage von Dorothee Bär, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, kritisch zu legalem Sexkauf geäußert.

Völlig unerwartet und überraschend klar kam seine Antwort:

„Zunächst mal finde ich es nicht akzeptabel, wenn Männer Frauen kaufen. Das ist etwas, was mich moralisch immer empört hat. Es ist furchtbar, was wir über Prostitution wissen. Und diejenigen, die in diesem Bereich tätig sind, haben ein schweres Leben. Ganz oft ist es mit Missbrauch und mit Gewalttaten und mit kriminellen Strukturen verbunden. Wir müssen sehr viel unternehmen, um Prostitution zurückzudrängen und den Sexkauf, wie Sie es nennen, nicht als etwas Normales zu akzeptieren, sondern als etwas, das nicht in Ordnung ist“, so Bundeskanzler Olaf Scholz.

[Hier](#) können Sie die Sequenz nachhören.

PRESSESCHAU  

15.11.2023 ZDF.DE

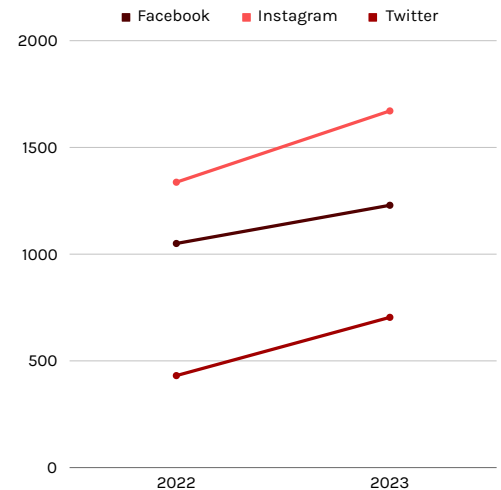
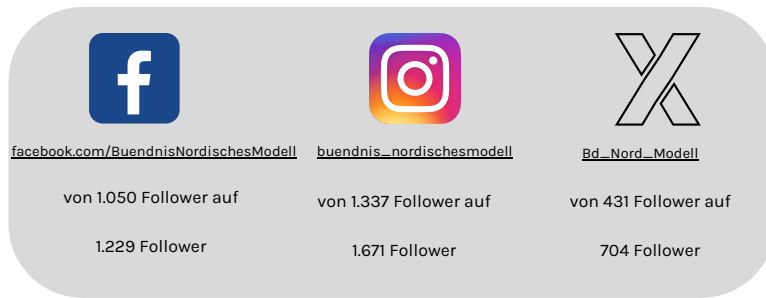
"Nicht akzeptabel, wenn Männer Frauen kaufen"

15.11.2023 14:39 Uhr

Kanzler Olaf Scholz zeigt sich offen für ein Sexkaufverbot in Deutschland. Es sei nicht akzeptabel, wenn Männer Frauen kaufen, so Scholz. Prostitution müsse zurückgedrängt werden.



Social Media



Umdenken in der Prostitutionspolitik

Das Nordische Modell bzw. Gleichstellungsmodell als Chance



Wir bieten Einzel-Meetings und
Webinare für Gruppen an.

Bei Interesse kontaktieren Sie uns bitte.

Webinare

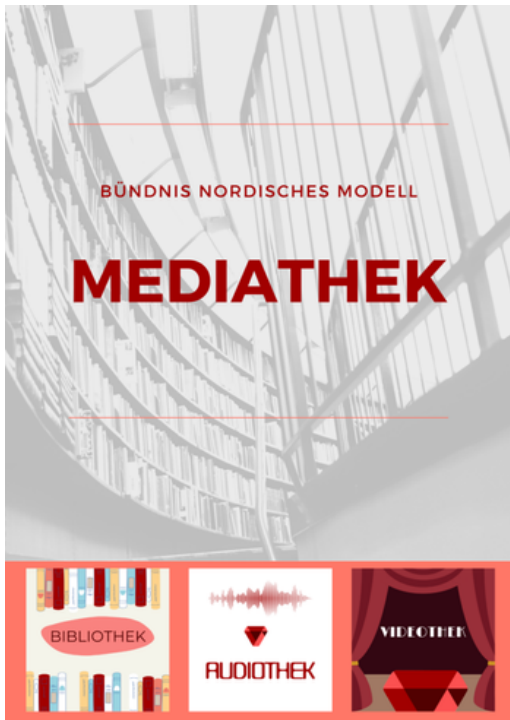
Wir bieten auf Anfrage
unterschiedliche Webinare an.

Bitte kontaktieren Sie uns unter
info@buendnis-nordischesmodell.de

In regelmäßigen Abständen versenden wir einen Newsletter.
Wenn Sie mögen, können Sie hier alle des Jahres 2023 nachlesen.

Den Newsletter können Sie hier bestellen.





Es ist nicht einfach, sich in das Thema Prostitution und Menschenhandel einzuarbeiten. Manche lesen lieber, andere hören gern Podcasts und wiederum andere schauen Videos. Damit Interessierte sich einen Überblick über das System Prostitution mit all seinen Facetten, Nebenwirkungen, schweren Menschenrechtsverletzungen und weiteren negativen Auswirkungen schaffen bzw. sich tiefer in die Materie einarbeiten können, haben wir auf allen Kanälen Zusammenstellungen erarbeitet, die Fakten und Wissenswertes zusammentragen. Zum Beispiel haben wir in unserer Spotify Playlist inzwischen fast 50 Hörbeiträge. Viele von den Beiträgen sind von unseren BündnispartnerInnen. 2023 haben wir in unsere YouTube Kanal-Playlist 33 neue Videos aufgenommen. Insgesamt sind es von 2014 bis heute über 200 Videos.

[Hier](#) gelangen Sie zur Mediathek.

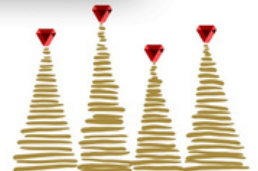
SOCIAL MEDIA REIHE

Dieser Adventskalender ist ein ganz besonderer, denn in diesem Jahr verbirgt sich hinter jedem Türchen ein Highlight des letzten Jahres. Wir haben uns gefreut, an 24 Tagen all die tollen Ereignisse des Jahres 2023 zu rekapitulieren. Auf diesem Weg möchten wir uns ganz herzlich bei allen Beteiligten bedanken!



Bundeskanzler Olaf Scholz findet es "nicht akzeptabel, wenn Männer Frauen kaufen"

24.
DEZEMBER



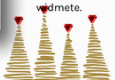
12.
DEZEMBER



23.
DEZEMBER



15.
DEZEMBER



22.
DEZEMBER



5.
DEZEMBER








Impressum



Redaktion

Bündnis Nordisches Modell
Lenkungskreis
Lichtendorfer Straße 106
44289 Dortmund

Hier können Sie mehr erfahren oder Kontakt mit uns aufnehmen:

-  info@bündnis-nordischesmodell.de
-  www.bündnis-nordischesmodell.de
-  facebook.com/BuendnisNordischesModell
-  [buendnis_nordischesmodell](https://www.instagram.com/buendnis_nordischesmodell)
-  [Bd_Nord_Modell](https://twitter.com/Bd_Nord_Modell)

Die Bildnachweise sind, wenn nicht anders vermerkt: Alle Fotos privat oder Screenshots.

